

UN-KLIMAKONFERENZ IN KATTOWITZ

EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE COP 24 VOM 3. BIS 14. DEZEMBER 2018

Stand: 28. November 2018

1. Hintergrund

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Der hohe Verbrauch von fossilen Brennstoffen wie Öl und Kohle macht die Erde zum Treibhaus. Bereits heute sind die Auswirkungen in vielen Regionen der Erde deutlich spürbar – auch in Österreich, wo die Temperaturen seit vorindustriellen Zeiten bereits um zwei Grad Celsius angestiegen sind. Weltweit setzen sich immer mehr Menschen aktiv für den Erhalt unseres Planeten ein. Der Klimavertrag von Paris gibt Hoffnung, dass nun auch Politikerinnen und Politiker umdenken. Der Weg, um den Vertrag einzuhalten – und die globale Erderhitzung auf deutlich unter 2°C und nach Möglichkeit unter 1,5°C zu beschränken – ist allerdings noch weit und steinig. Wie das gelingen kann und warum es so wichtig ist, hat der Weltklimarat IPCC in seinem Sonderbericht vom Oktober klar und deutlich gemacht.

2. Die UN-Klimakonferenz 2018

195 Länder haben vor drei Jahren das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet. Anfang Dezember treffen sich die Umweltministerinnen und -minister aller Vertragsstaaten erneut. Bei der 24. Klimakonferenz (COP24) im polnischen Kattowitz wird beschlossen, wie das Pariser Abkommen von 2015 umgesetzt werden soll. Eines der Hauptthemen der zweiwöchigen Konferenz ist das sogenannte „Paris Agreement Rulebook“, das Regelwerk zur Umsetzung des Klimaabkommens. Ein zentraler Punkt bei der Umsetzung des Klimaabkommens ist die Überprüfung und Nachbesserung der nationalen Klimaschutzpläne (NDCs). Dies ist von besonderer Bedeutung, da die bisherigen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen um den globalen Klimakollaps zu verhindern.

2.1 Pariser Klimaziele als globale Herausforderung

Bei der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 hat man sich darauf geeinigt, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C – und am besten auf maximal 1,5°C – zu begrenzen. Laut Klimawissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern ist 1,5°C die Grenze um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden. Ein Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) zeigt, dass die Ziele des Pariser Klimaabkommens mit den bisher von den Vertragspartnern vorgeschlagenen Maßnahmen nicht erreicht werden können. Rechnet man alle Bemühungen zusammen, die in den Klimaschutzplänen der einzelnen Staaten stehen, kommt man laut dem Bericht auf einen deutlich höheren Temperaturanstieg, nämlich auf rund 3,5°C. Eine verheerende Prognose.

2.2 Der Sonderbericht des Weltklimarats (IPCC) zu 1,5°C

Im Pariser Klimaabkommen wurde festgehalten, dass der Weltklimarat vor der COP 24 einen Sonderbericht zu den Auswirkungen und möglichen Gegenmaßnahmen einer globalen Erderhitzung von 1,5°C und mehr Grad ausarbeiten und vorlegen sollte. Dieser Bericht hat klar und deutlich gemacht, dass eine Begrenzung auf 2°C viel gefährlicher ist, als noch bei der Unterzeichnung des Pariser Abkommens angenommen. 1,5°C Erhitzung könnten bereits ausreichen, um bis zu 90 Prozent der Warmwasserkorallen abzutöten, die Eisschilde zu destabilisieren und sensible Ökosysteme wie die Arktis zu zerstören. Solche Veränderungen würden das Leben zahlreicher Meeresbewohner und der Menschen, die von den Ozeanen leben, stark beeinträchtigen. Bei einer Erhitzung von 2°C, wären rund 420 Millionen mehr Menschen wiederkehrenden, extremen Wetterereignissen ausgesetzt. Etwa 10 Millionen mehr Menschen wären in ihrer Existenz durch den Meeresspiegelanstieg bedroht.

Der IPCC-Bericht gibt aber auch Grund zur Hoffnung: Die Begrenzung der Erderhitzung auf 1,5°C oder weniger ist eine riesige Herausforderung. Sie ist aber möglich, wenn wir schnell und entschlossen handeln – und das in allen nötigen Bereichen, von Energieproduktion, über Verkehr bis Landwirtschaft. Dafür müssen binnen der kommenden zwölf Jahre die globalen Emissionen halbiert und der Kohleverbrauch um zwei Drittel gesenkt werden, um anschließend die Emissionen bis spätestens Mitte des Jahrhunderts auf null zu senken.

2.3 Die Rolle der EU und Österreichs im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft

Historisch gesehen waren bei den Weltklimakonferenzen die entscheidenden Akteure die EU, die USA und China. Mit dem Rückzug der USA aus den Klimaverhandlungen im Jahr 2017 kommt der EU eine noch stärkere Rolle zu – etwa wenn es darum geht, dass Staaten ihre Klimaschutzverpflichtungen nachbessern: Hier warten andere Staaten auf ein Zeichen der EU, dass diese bereit ist, ihre Klimaziele zu erhöhen. Auch die Finanzkraft der EU ist entscheidend, wenn es darum geht, weniger industrialisierte Staaten beim Klimaschutz oder der Anpassung an die Klimakatastrophe zu unterstützen.

Die EU verhandelt bei den Klimakonferenzen immer als Staatengemeinschaft. Sie wird bei den Verhandlungen immer durch die EU-Kommission sowie das Land, das gerade die EU-Ratspräsidentschaft innehat, vertreten. Dieses Jahr sitzt also Österreich für die EU am Verhandlungstisch. Genau genommen sind die beiden Top-Diplomaten der EU vor Ort der EU-Kommissar für Umweltschutz und Energie Miguel Arias Cañete sowie die österreichische Umweltministerin Elisabeth Köstinger. Das ist eine einmalige Chance für Österreich, die Klimaschutzambitionen der EU und weltweit entscheidend mitzubestimmen.

2.4 Österreich hinkt Klimazielen hinterher

Die Treibhausgasemissionen sind in Österreich in den vergangenen Jahren wieder gestiegen: Im Jahr 2016 wurden 79,7 Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid in die Luft ausgestoßen. Das sind 4,4 Prozent mehr als noch 2014. Hochrechnungen des Wegener Centers der Universität Graz zufolge, sind die Emissionen im Jahr 2017 um weitere drei Prozent auf mehr als 82 Millionen Tonnen angestiegen. Insgesamt liegen die Emissionen damit deutlich über dem Wert von 1990, dem Basisjahr der Bemessungen. Das österreichische Problemkind des Klimaschutzes ist der Verkehr. Seit 1990 sind die Emissionen in diesem Sektor um 60 Prozent gestiegen.

In Österreich fehlt es sowohl an einer adäquaten Zielsetzung, als auch an einer Strategie, um den internationalen Verpflichtungen im Klimaschutz nachzukommen. Daran hat auch die im Juni 2018 von der österreichischen Regierung präsentierte Klima- und Energiestrategie, Mission 2030, nichts geändert. Diese Strategie bleibt größtenteils viel zu schwammig, ohne konkrete Ziele und Maßnahmen. Dort wo Ziele gesetzt wurden, etwa im Bereich Verkehr, reichen die Maßnahmen nicht ansatzweise aus, um die ohnehin niedrig angesetzten Ziele zu erreichen.

Hier besteht dringend Handlungsbedarf.

3. Forderungen von Greenpeace an die Staatengemeinschaft bei der COP 24

Nationale Klimaschutzpläne:

- Eine verbindliche Entscheidung zur Nachbesserung der nationalen Klimaschutzpläne (NDCs) bis spätestens 2020, unter Berücksichtigung des IPCC Sonderberichts zu 1,5°C.
- Eine Vereinheitlichung der NDCs: Wichtig sind einheitliche, fünfjährige Verpflichtungs-Zeiträume. Bei möglichst kurzen Fristen für Klimaschutzziele können technologische Neuerungen, die die Energiewende stark beschleunigen (z.B. sinkende Preise für Photovoltaik oder Fortschritte bei Energiespeichertechnologien und Elektro-LKW), von den Staaten in Form höherer Klimaschutzziele möglichst rasch berücksichtigt werden. Damit kann vermieden werden, dass geringe Ambition einzementiert wird.

Paris Rulebook (Arbeitsprogramm zur Umsetzung des Pariser Abkommens):

- Klare Regeln, die Staaten dazu verpflichten, regelmäßig detaillierte Berichte mit folgenden Informationen zu liefern: Entwicklung der nationalen Emissionen (Emissionsinventar), Maßnahmen zur Implementierung und Erreichung von Klimaschutzzielen sowie zur Anpassung an die Klimaerhitzung und Informationen zur Finanzierung der Maßnahmen.
- Der Mechanismus, der die Fortschritte beim Klimaschutz alle fünf Jahre evaluieren soll (Global Stocktake), muss finalisiert werden. Hier muss die Erreichung der Ziele des Pariser Abkommens hinsichtlich Klimaschutz, -anpassung und -finanzierung entsprechend berücksichtigt werden. So können die nationalen Klimaschutzpläne regelmäßig verbessert werden.

Klimafinanzierung:

- Industriestaaten müssen sich verpflichten, die Klimafinanzierung bis 2020 auf 100 Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen. Das haben sie bereits gemeinsam zugesagt, nun müssen die einzelnen Staaten höhere Zahlen auf den Tisch legen um dieses Versprechen auch einzulösen.
- Die österreichische Regierung muss sich endlich dazu bekennen, die öffentlichen Zuschüsse zur internationalen Klimafinanzierung bis 2020 schrittweise auf mindestens 150 Millionen Euro jährlich zu erhöhen.

4. Wichtige Termine während der COP 24

03. Dezember Start der COP 24

- Gesamte COP **“Climate Hub” von Greenpeace:** Vorträge und Diskussionen diverser nichtstaatlicher und wissenschaftlicher AkteurInnen
04. Dezember Besuch des „Climate Hub“ durch **Bundespräsident Alexander van der Bellen** (tbc)
Diskussion mit Vizepräsident der EU-Kommission Maroš Šefčovič und Programmdirektorin von Greenpeace International, Anabella Rosenberg, Climate Hub 16:00-17:30
05. Dezember Greenpeace Side-Event **“A new understanding of Paris compatible climate action”** (15:00-16:30, Room 3)
07. Dezember Ankunft der 1.500 km weiten Pilgerwanderung **“Climate Pilgrimage”** von Rom zur COP 24, Zusammenschluss mit anderen Klima-Wanderungen
08. Dezember Climate March in Katowice, 12:00-15:00, Katowice Plac Wolności
12. Dezember CAN/Germanwatch **Klimaschutz-Ranking** (Österreich schneidet traditionell sehr schlecht ab)
- Gesamte COP **Fossil of the Day:** Negativpreis für Länder bzw. Ländergruppen, die bei COP negativ auffallen, wird täglich um 18:00 vergeben. In Sonderfällen bekommen Länder auch ein „Ray of the Day“ für besonders klimafreundliches Verhalten.

14. Dezember Voraussichtliches Ende der COP 24

5. Ansprechpersonen für MedienvertreterInnen

Adam Pawloff, Klimaexperte bei Greenpeace in Österreich wird während der gesamten COP in Kattowitz vor Ort sein.

Adam Pawloff, Greenpeace-Klimaexperte:

Mobile: [\(+43\) 650 37 22 524](tel:+436503722524)

Skype: guardian.of.the.peace

Email: adam.pawloff@greenpeace.org

Twitter: @Adam_Pawloff

Weitere KlimaexpertInnen von Greenpeace vor Ort:

USA: Naomi Ages

China: Li Shuo

EU: Jens Clausen

Brasilien: Fabiana Alves

Philippinen: Yeb Sano

Polen: Katarzyna Guzek

Interviewanfragen richten Sie bitte an:

Stella Haller, Pressesprecherin

Greenpeace in Central & Eastern Europe

Fernkorngasse 10

A-1100 Vienna

Mobil: [\(+43\) 0664 81 69 716](tel:+4306648169716)

Email: stella.haller@greenpeace.org

Greenpeace in Zentral- und Osteuropa

Fernkorngasse 10, A-1100 Wien

Telefon: +43 (0)1 545 45 80

E-Mail: service@greenpeace.at